

## **Antrag**

**der Abgeordneten Heike Hänsel, Ulla Lötzer, Hans-Kurt Hill, Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, Eva Bulling-Schröter, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Lutz Heilmann, Dr. Hakki Keskin, Katrin Kunert, Michael Leutert, Dr. Norman Paech, Paul Schäfer (Köln), Dr. Kirsten Tackmann, Alexander Ulrich, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Keine Weltbankkredite für Atomtechnologie**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Dem 37. Treffen des Development Committee auf der Frühjahrstagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) am 23. April 2006 in Washington lag ein Papier der Weltbank mit dem Titel „Clean Energy and Development“ vor. Darin stellt die Weltbankadministration ihre Sicht auf die Herausforderung dar, den Energiebedarf in den Entwicklungs- und Transformationsländern abzudecken und dabei zugleich den Einsatz von Kohle zu reduzieren bzw. dem Klimawandel entgegenzuwirken.

Unter Berufung auf die International Energy Agency wird ein Investitionsbedarf von 300 Mrd. US-Dollar jährlich konstatiert, um die Deckung des Energiebedarfs in den Entwicklungs- und Transformationsländern zu sichern. Ein Technologietransfer im Bereich „saubere Energien“ von den Ländern des Nordens in die Länder des Südens wird als Ziel beschrieben. In diesem Zusammenhang werden verschiedene Finanzierungsinstrumente der Weltbank benannt. Es wird die Forderung aufgestellt, bis zur Jahrestagung von IWF und Weltbank im September 2006 in Singapur diese bestehenden Finanzierungsinstrumente in ihrer Tauglichkeit zur Förderung „sauberer Energien“ zu überprüfen und neue „innovative“ Finanzierungsinstrumente zu entwickeln.

2. In dem Papier wird ausdrücklich auch die Kernspaltung als eine der Technologien benannt, die den Zugang zu sauberer und effizienter Energie verbessern, auf lokaler, regionaler und globaler Ebene den Umweltschutz befördern und insbesondere die Treibhausemissionen verringern sollen. Auch auf dem Treffen der G8 am 15. bis 18. Juli 2006 in St. Petersburg wird eine Debatte über die Förderung von „sauberer Energie“ und der Rolle der Atomtechnologie geführt werden. Im Vorfeld hatte der russische Präsident vorschlagen, internationale Brennstoffzentren unter Aufsicht der Internationalen Atombehörde einzurichten und den Verkauf von Atomkraftwerken inklusive der fertigen Brennstoffe über regionale Entwicklungsbanken unter Ägide der Weltbank zu finanzieren. Die Debatten in der Weltbank und im Vorfeld des G8-Gipfels lassen befürchten, dass künftig die Förderung dieser Technologie in Entwicklungs- und Transformationsländern durch Kredite der Weltbank erfolgen könnte.

3. Die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erklärte anlässlich des 37. Treffens des Development Committee auf der Frühjahrstagung von Weltbank und IWF und unter Bezugnahme auf das Papier der Weltbank „Clean Energy and Development“, Atomenergie sei keine „saubere Energie“ und die damit verbundenen Risiken seien insbesondere in Entwicklungsgesellschaften kaum zu kontrollieren. Sie schließt daraus: “Due to these severe risks involved, the German government does not see any role for the Bank in the nuclear energy sector.” [Aufgrund der schwerwiegenden Risiken, die mit Atomenergie verbunden sind, sehen wir absolut keine Rolle für die Bank im Atom-Sektor.] Im 20. Jahr nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl ist dies eine politische Schlussfolgerung, die die volle Unterstützung des Deutschen Bundestages genießt.
4. Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den wenigen Ländern, die eigene Exekutivdirektoren bzw. -direktorinnen ins Exekutivdirektorium der Weltbank entsenden. Die anderen Staaten, auf die dies zutrifft, sind China, Frankreich, Großbritannien, Japan, Russland, Saudi-Arabien und die USA. Diese acht von insgesamt 24 Exekutivdirektoren bzw. -direktorinnen sprechen dort ausschließlich im Namen ihrer Länder. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist gegenüber dem deutschen Exekutivdirektor weisungsbefugt und kann so direkt Einfluss auf die Geschäftspolitik der Weltbank nehmen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,  
den deutschen Exekutivdirektor der Weltbank anzuweisen,

- der Vergabe von Weltbankkrediten zur Förderung der Atomtechnologie und ihrer Nutzung in Entwicklungs- und Transformationsländern grundsätzlich nicht zuzustimmen
- und sich darüber hinaus in der Exekutivdirektion aktiv um Mehrheiten zu bemühen, um auszuschließen, dass auf der Herbsttagung von IWF und Weltbank im September 2006 ein Vorschlag vorliegt, der diese Möglichkeiten der Finanzierung von Atomenergie über öffentliche Entwicklungsgelder vorsieht.

Berlin, den 27. Juni 2006

**Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion**

## Begründung

Eine Strategie, die auf einen durch die Weltbank finanzierten Bau von Atomkraftwerken in Entwicklungsländern setzt, führt zu ausschließlich negativen Effekten.

Die Atomtechnologie ist eine nicht beherrschbare Risikotechnologie. Ein Einstieg in die Atomenergienutzung mit Hilfe der Weltbank würde die finanziellen Abhängigkeiten der Entwicklungsländer weiter verstärken. Ganz abgesehen davon, dass in der Vergangenheit der Bau von Atomkraftwerken aufgrund verschiedener Ursachen oft zu Investitionsruinen statt zu einer Energieversorgung führte. So etwa der Kredit über 2 Mrd. US-Dollar, mit dem in den Philippinen ein Atomkraftwerk auf einer Erdbebenspalte errichtet wurde. Das Kraftwerk ging zum Glück nie in Betrieb. Die Philippinen zahlen dennoch Jahr für Jahr 100 Mio. US-Dollar Zinsen für diese Entwicklungsruine. An dem Atomkraftwerk (AKW) Atucha 2 in Argentinien wird seit 1981 gebaut. Zur Verschuldung des Landes hat das AKW bereits enorm beigetragen, zur Stromversorgung allerdings noch nichts. Die einzigen Nutznießer eines Ausbaus der Atomenergie wäre die Reaktorbauindustrie in den Industrieländern.

Völlig verfehlt ist eine Strategie, die auf Ausbau der Atomkraft zum Schutz des Klimas setzt. Damit würde ein Risiko durch eine ganze Palette inakzeptabler Risiken ersetzt: Niedrigstrahlung, Unfallgefahr, ungelöste Entsorgung radioaktiver Abfälle und das Problem der militärischen Nutzung.

Der Ausbau der Atomenergie würde zu einer Forcierung des Abbaus von Uran führen. Schon heute leiden und sterben in den Uranabbaugebieten z. B. in Afrika viele Menschen an den Folgen des Uranabbaus. Auch Uran ist eine endliche Ressource. Beim gegenwärtig weltweiten Jahresverbrauch reichen die gesicherten Uranreserven lediglich 67 Jahre. Bei einem Ausbau der Nukleartechnik gingen die unter wirtschaftlichen Bedingungen abbaubaren Vorkommen noch vor der veranschlagten Betriebsdauer neuer Anlagen zu Ende. Wie bei den fossilen Brennstoffen bleiben die meisten Entwicklungsländer also auch beim Uran von knappen und teuren Importen abhängig.

Die Zukunft der Energieversorgung in den Entwicklungsländern liegt nicht im Ausbau der Atomenergie, sondern in der Nutzung erneuerbarer Energien und dezentraler Energieversorgung. Sie können einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung des ländlichen Raums leisten.

Spätestens die Katastrophe von Tschernobyl hat gezeigt, dass Atomenergie nicht auf Dauer beherrschbar ist und die Verstrahlung vor Ländergrenzen nicht halt macht. In Deutschland wurden Konsequenzen aus dem Risiko Atomenergie gezogen und zumindest ein Auslaufen der Atomkraft gesetzlich verankert. Gerade die Bundesregierung hat deshalb eine Verpflichtung, dort wo sie Einfluss hat, den Ausbau der Atomenergienutzung bzw. einen Neueinstieg mit all seinen negativen Konsequenzen zu verhindern.

